

Beschlussempfehlung und Bericht

**des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
(19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Ulrich Oehme, Dietmar Friedhoff, Markus
Frohmaier, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/14072 –**

Transparente Dokumentation deutscher Entwicklungspolitik

A. Problem

Die Antragsteller monieren, dass auf die von ihnen gestellte Frage nach dem Ausmaß und den Auswirkungen der deutschen Entwicklungszusammenarbeit (EZ) seitens der Bundesregierung auf insgesamt bis zu elf verschiedene Quellen verwiesen werde. Auf Grundlage einer so präsentierten deutschen Entwicklungspolitik könne man keinen fundierten Diskurs über die Angemessenheit von EZ-Maßnahmen führen und bei den Bürgerinnen und Bürgern nach Auffassung der Antragsteller auch nur schwerlich Zustimmung für die deutsche Entwicklungspolitik finden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD

C. Alternativen

Keine.

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/14072 abzulehnen.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Dr. Peter Ramsauer
Vorsitzender

Volkmar Klein
Berichterstatter

Dr. Sascha Raabe
Berichterstatter

Ulrich Oehme
Berichterstatter

Till Mansmann
Berichterstatter

Helin Evrim Sommer
Berichterstatterin

Uwe Kekeritz
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Volkmar Klein, Dr. Sascha Raabe, Ulrich Oehme, Till Mansmann, Helin Evrim Sommer und Uwe Kekeritz

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf **Drucksache 19/14072** in seiner 118. Sitzung am 17. Oktober 2019 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Beratung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, noch in dieser Legislaturperiode die deutsche EZ transparent, einheitlich und vollständig an einer zentralen Stelle zu dokumentieren und dabei einen Schwerpunkt auf die messbaren Auswirkungen deutscher Entwicklungspolitik zu legen.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im Ausschuss

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/14072 in seiner 43. Sitzung am 11. Dezember 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass der Antrag darauf abziele, die Entwicklungspolitik der Bundesregierung transparenter zu machen. Der AwZ habe vor allem den Auftrag, die Bundesregierung zu kontrollieren. Insofern müssten alle ein Interesse an einer verbesserten Transparenz haben. Man sei beispielsweise auf eine Anfrage nach dem Ausmaß und den Auswirkungen deutscher Leistungen bei der Official Development Assistance (ODA) von der Bundesregierung auf verschiedenste Datenquellen verwiesen worden, die man habe selbst abrufen und auswerten müssen. Dieses Problem sei auch vom Deutschen Evaluierungsinstitut für EZ (DEval) moniert worden. Darum fordere man eine zentrale Stelle der Dokumentation deutscher EZ und bitte um Zustimmung zu diesem Antrag.

Die **Fraktion der CDU/CSU** stellt klar, dass es durchaus ein wichtiges Anliegen sei, die EZ transparent und ihre Wirkungen messbar zu machen. Man hätte es jedoch mit einer Vielfalt von Maßnahmen und Akteuren zu tun, was es einerseits schwer mache, alle Daten vollumfänglich und zentral zu sammeln, was aber andererseits ein Schlüssel für den Erfolg in der Entwicklungszusammenarbeit sei. Hinzu komme, dass nicht alles messbar und es auch nicht immer sichergestellt sei, ob beim DEval die richtigen Fragen gestellt würden, beispielsweise die nach den Gründen, warum manche Länder im Kontext der EZ erfolgreicher als andere seien. Zur Beantwortung dieser Fragen leiste dieser Antrag allerdings keinen vernünftigen Beitrag, da er viel zu pauschal Transparenz und Messbarkeit fordere. Es wäre lohnender, sich mit den Details zu befassen und konkret nachzusteuern; man werde diesen Antrag ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** knüpft an die Argumentation der Fraktion der CDU/CSU an und verweist darauf, dass es in der Politik kaum einen vergleichbaren Bereich wie die EZ gebe, der derart transparent sei und evaluiert würde. Man müsse sich allerdings im Einzelfall schon die Mühe machen und die Quellen erschließen und nutzen. Auch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) leiste für die Abgeordneten eine wertvolle Informationspolitik. Das Problem liege ihrer Auffassung nach weniger in einer unzureichenden Evaluierung als in der unzureichenden Umsetzung der Handlungsempfehlungen. Diesen Antrag werde man ablehnen.

Die **Fraktion der FDP** erklärt, der Schwerpunkt des Antrages ziele verengend auf mehr Transparenz, wohingegen man selbst mehr Evaluierungen wünsche, vor allem in den anderen Ressorts. Zudem habe man den Eindruck, dass

die Antragsteller erneut ein EZ-Verständnis an den Tag legten, wonach diese allein dem Wohl Deutschlands dienen sollte. Diese Position stehe außerhalb des politischen Konsenses über das humanitäre Grundverständnis von deutscher EZ. Darum werde man den Antrag ablehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE**. erklärt, dass wohl niemand gegen die allgemeine Forderung nach mehr Transparenz und verbesserter Überprüfbarkeit deutscher EZ sei. Die Antragsteller unterbreiteten allerdings selbst keine konkreten Vorstellungen, von wem und wie das zu leisten wäre. Im Übrigen habe man mit dem DEval bereits ein hervorragend arbeitendes unabhängiges Institut zur Evaluierung deutscher EZ. Es mangle jedoch noch sehr stark an der Umsetzung der Empfehlungen; hier müsste man richtigerweise ansetzen. Insofern sei der Antrag in der Sache ungeeignet und werde von der Fraktion DIE LINKE. abgelehnt.

Die Fraktion **BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisiert, dass die Antragsteller verkennen würden, dass EZ zu den Bereichen zähle, wo die größte Transparenz vorherrsche. Wer sich für ODA-Leistungen interessiere, könne darüber im Internet Näheres erfahren; man müsse sich nur die Mühe machen, nachzuschauen. Dieser Antrag sei populistisch, und darum lehne man ihn ab.

Berlin, den 11. Dezember 2019

Volkmar Klein
Berichtersteller

Dr. Sascha Raabe
Berichtersteller

Ulrich Oehme
Berichtersteller

Till Mansmann
Berichtersteller

Helin Evrim Sommer
Berichterstellerin

Uwe Kekeritz
Berichtersteller